



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 503 Anfrage Knecht Willi und Mit. über die Betriebskostenrechnung an den Luzerner Volksschulen / Bildungs- und Kulturdepartement

Willi Knecht ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Willi Knecht: Die Antworten der Regierung gehen mir zu wenig ins Detail. Die Regierung erklärt, dass sich die Kosten pro Klasse nicht so stark unterscheiden würden. Laut Antwort zu Frage 4 kostete eine durchschnittliche Sekundarklasse in den letzten drei Jahren um die 350 000 Franken. Von 300 000 bis 480 000 Franken pro Klasse ist alles dabei. Ich bin der Meinung, dass eine Differenz von über 150 000 Franken oder 50 Prozent zu gross ist. Wenn ich die Zahlen der letzten Jahre anschau, haben sich die Ausreisser nach oben tatsächlich leicht verbessert. Dass kleine Schulen mit kleinen Klassengrössen die höheren Kosten pro Schüler und Klasse haben, ist mir auch klar. Wieso aber immer die gleichen Gemeinden mit gut 100 000 Franken tieferen oder höheren Betriebskosten als der Durchschnitt pro Klasse glänzen als in vergleichbaren Gemeinden würde mich schon interessieren. Wieso das so ist, wird leider nicht glaubwürdig beantwortet. Zur Antwort zu Frage 5: Einmal mehr zeigt es sich, dass der Kanton Luzern aufs falsche Pferd setzt. Würde er das getrennte Sekundarschulmodell fördern, könnte er pro Schüler mindestens 2000 Franken sparen, vom besseren Modell gar nicht zu reden. Weiteres Optimierungspotenzial wäre aus meiner Sicht vorhanden. Die Gruppen- und Klassengrössen könnten optimiert werden, sofern der Kanton die Spielregeln ändern würde. Dass das Niveau C in den Niveaugruppen getrennt geführt werden muss, bringt ebenfalls zusätzliche Kosten. Fazit: Mit Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen wären Sparbemühungen für die Gemeinden und Schulen möglich, ohne dass die Lernenden einen Qualitätsverlust spüren würden.

Claudia Huser Barmettler: Ich gebe Willi Knecht recht, gewisse Kosten könnten eingespart werden. Aber alles, was zusätzlich definiert wird, muss auch zusätzlich kontrolliert werden. Sonst ist die SVP doch auch nicht für so viele Regulierungen. Weil bei den einzelnen Schulen gespart werden kann, heisst das noch lange nicht, dass das auch beim Kanton der Fall ist, denn im Gegenzug fallen grosse Kosten für die Überprüfung an.

Gaudenz Zemp: Nach Meinung der FDP-Fraktion ist die Antwort der Regierung umfassend und schlüssig. Drei Punkte haben bei uns aber zu Diskussionen geführt. Seit 2005 werden von den Gemeinden systematisch Kosten geltend gemacht, die nicht den Vorgaben entsprechen. Seit dem Postautoskandal ist bekannt, dass es auch in Staatsbetrieben zu Abweichungen in der Buchhaltung kommen kann. Offenbar ist das leider auch in den Luzerner Gemeinden der Fall. Das ist gut zu wissen, denn wenn es wieder einmal um Anträge zu Verstaatlichungen geht, wird die FDP ihrer Linie treu bleiben. Der grösste Kostentreiber sind die zu kleinen Klassen. Die durchschnittliche Klassengrösse auf der Sekundarstufe liegt zurzeit bei 17 Lernenden, obwohl das Maximum 22 ist. Mit einer

Anhebung der Klassengrösse könnten Betriebskosten eingespart werden. Laut Antwort des Regierungsrates ist das integrative Modell im Durchschnitt 10 Prozent teurer als das separative. Eine solche deutliche Zahl war uns bisher nicht bekannt, diese Zahl gilt es im Auge zu behalten.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Mit der vorliegenden Antwort haben wir versucht, Transparenz zu schaffen. Wir haben Ihnen die wesentlichen Probleme aufgezeigt; Gaudenz Zemp hat in seinem Votum deutlich Stellung dazu genommen. Nun aber zum Votum von Willi Knecht. Er weiss sehr genau, dass die grössten Klassen in getrennten Modellen geführt werden können. Dividiert man die Kosten pro Klasse durch die grösste Anzahl Lernender, kommt man auf die tiefsten Durchschnittskosten. Wenn aber kleine Gemeinden mit dem getrennten Modell arbeiten, sieht es ganz anders aus. Das ist der Grund, warum wir entsprechende Vorgaben machen und bei kleinen Schülerzahlen aus finanziellen Gründen nur bestimmte Modelle angewandt werden dürfen. Aus pädagogischer Sicht sind alle drei Modelle gangbar und gleichwertig. Wir müssen fair sein. Das kooperative und das integrative Modell kommen in Gemeinden mit kleinen Schülerzahlen zur Anwendung. Nur so können diese Gemeinden überhaupt eine eigene Sekundarschule führen. Wir haben mit den Standardkosten ein Modell in die Vernehmlassung gegeben, mit dem eine gewisse Steuerung möglich gewesen wäre. Dieses Modell wollte man aber politisch nicht, was ich selbstverständlich akzeptiere. Man kann aber nicht den Gemeinden die Freiheit überlassen und dann überrascht sein, wenn einem die finanzielle Rechnung präsentiert wird. Für wirklich gute Vorschläge sind wir offen. Um die Kosten im Griff zu behalten, haben wir in den letzten Jahren versucht, die Gemeinden ihre eigene Schule möglichst sinnvoll führen zu lassen. Dazu mussten wir mit den Modellen aber gewisse Rahmenbedingungen setzen. Zahlreiche Gemeinden sind freiwillig umgestiegen, primär aus finanziellen Überlegungen. Das beweist, dass die Modelle bezüglich Anwendbarkeit nicht so schlecht sind und in der Praxis auf eine positive Resonanz stossen.